



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 224

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion: Liechtensteiner Str. 5, 9494 Schaan, Telefon: (0)75 237 51 51, Fax: Redaktion/Verlag: (0)75 237 51 51, E-Mail-Adresse: info@volksblatt.li, Internet-Adresse: http://www.volksblatt.li

DAS WETTER BEI UNS

Ziemlich
sonnig
max. 20°
min. 10°

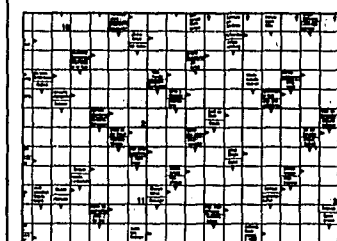
Heute

Stark bewölkt,
zeitweise
Regen
max. 18°
min. 12°

Morgen

SMA -
METEO Schweiz

Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



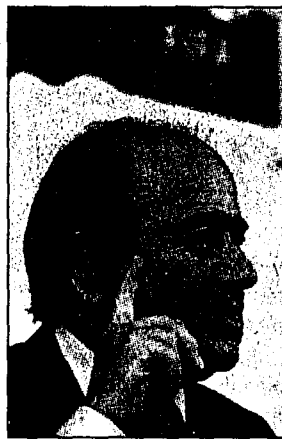
WOCHENENDRÄTSEL

VOLKSBLATT- Wettbewerb

Unsere Leserinnen und Leser können jeden Samstag einen Warengutschein im Wert von 100.- Fr. gewinnen. Seite 34

SAMSTAG

Josef Blatter kommt zum Länderspiel



FUSSBALL: FIFA-Präsident Joseph S. Blatter (Bild) wird als Gast des Liechtensteiner Fussballverbandes beim letzten EM-Qualifikations-Heimspiel am Samstag, den 9. Oktober 1999, mit dabei sein. Der höchste Fussball-Repräsentant wird im Rahmen seines Besuchs hier in Liechtenstein vor dem Länderspiel auch noch zu einem Kurzempfang bei Regierungschef Dr. Mario Frick im Regierungsgebäude geladen sein. Seite 19

Fristgerechte Fertigstellung versprochen

SCHAAN: Wer für den Sport, insbesondere für die Jugend und den Sport, etwas tun will, so Gemeindevorsteher Hansjakob Falk, der muss auch bereit sein zu investieren. Und wer, wie die Gemeinde Schaan, eine grosse Sportanlage zur Verfügung stellt, braucht zu ihrer Pflege und Wartung Geräte und Maschinen. Und um sie ging es beim gestrigen Spatenstich zum neuen «Werkhof Rheinwiese». Seite 4

Der Weg war steinig

SCHAAN: In Schaan wurden gestern die Erweiterungsbauten des Post- und Verwaltungsgebäudes gesegnet und offiziell seiner Bestimmung übergeben. In ihren Festansprachen betonten die Referenten Regierungschef Dr. Mario Frick, der Schaaner Vorsteher Hansjakob Falk und Peter Meila vom Amt für Personal und Organisation, dass «der Weg sehr steinig war». Seite 5

Kann man Mobilität mit Freiheit gleichsetzen?

SCHAAN: Vor dem Rathaus Schaan wurden gestern die von SchülerInnen gestalteten Plakate zum Thema «Mobilität» präsentiert. War es Absicht, die Vernissage im Freien zu machen? Wenn es Aufgabe der Plakate ist, die Menschen zum Nachdenken über das Problem Strassenverkehr zu bringen, dann ist es damit gelungen, denn der Lärm der Autos war so gross, dass von den gehaltenen Reden nur Bruchstücke verstanden werden konnten. Seite 8

Erster Stellenbörsentag am NTB

BUCHS: Einmal mehr hat die Interstaatliche Fachhochschule für Technik Buchs einen neuen Weg beschritten: Mit dem erstmals durchgeführten Stellenbörsentag bot das NTB Firmen, die auf der Suche nach qualifizierten Fachkräften sind, und Diplomanden, Studenten sowie ehemaligen NTB-Absolventen Gelegenheit, miteinander in Kontakt zu kommen. Die Aktion stiess auf grosses Interesse. Seite 9

Interdisziplinäre Begegnung

«Kontamination» war das Thema der 4. Liechtensteiner Exkurse - makaber aktuell, denkt man an den Atomreaktorunfall von vorgestern in Japan, bei dem eine Strahlung freigesetzt wurde, die bis zu über 15 000fach die «erlaubte» Menge überschritt - eine sprach- und lautlose Kontamination bewirkend, gegen die es keine Abwehr gibt. Seite 11

Telefonie-Fiasko beim Strom vermeiden

FBPL-Fraktion des Landtages reicht Interpellation zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ein

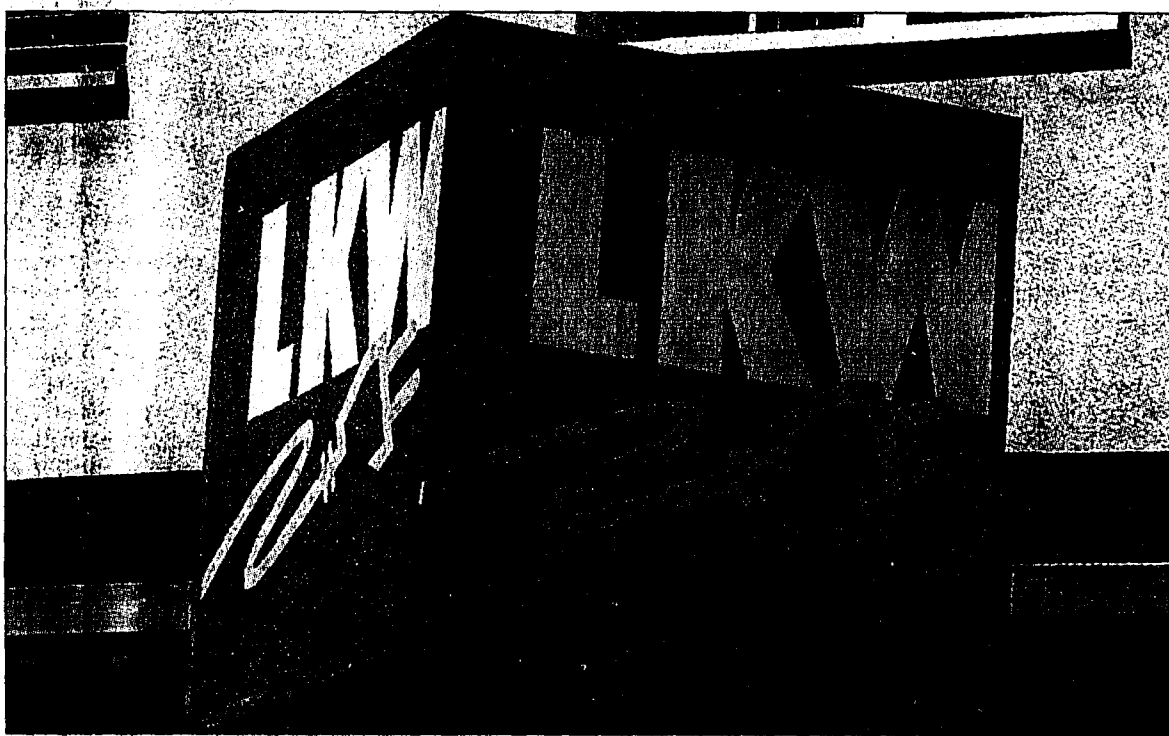
«Ein Fiasko, wie dies bei der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes der Fall war und ist, muss unter allen Umständen vermieden werden.» Aus diesem Grunde reichte die FBPL-Fraktion eine Interpellation ein, die das Ziel verfolgen soll, die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes so reibungslos wie möglich umzusetzen. Energie bzw. Strom ist heute so wichtig, dass ein Ausfall oder eine unsachgemässe Überführung in den liberalisierten Markt unabsehbare Folgen hätte.

Alexander Batliner

Die FBPL-Fraktion möchte mit ihrer Interpellation erreichen, dass die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ohne grössere Komplikationen vonstatten geht. Die Interpellanten betonen: «Es ist den Interpellanten ein grosses Anliegen, bereits im Vorfeld sicherzustellen, dass die Umsetzung dieser Richtlinie besser durchdacht, weniger übereilt und professioneller angegangen wird.» Deshalb stellt die FBPL-Fraktion der Regierung acht Fragen, über die sie in der Interpellationsbeantwortung Auskünfte erwartet. Gemäss Geschäftsordnung sollte im Dezember diese Beantwortung dem Landtag vorliegen.

Konzepte vorhanden?

Die FBPL möchte zum einen wissen, ob die Regierung Konzepte ausgearbeitet hat, wie sie die Öff-



Die FBPL-Fraktion reichte eine Interpellation ein, damit die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ohne Problem über die Bühne geht. Das LKW wird hierbei eine zentrale Stellung einnehmen.

nung des Elektrizitätsmarktes umsetzen möchte. Zudem erwartet die Bürgerpartei Auskunft darüber, wie weit die Vorbereitungen schon gediehen sind und ab welchem Zeitpunkt mit der Öffnung gerechnet werden kann. Eine zentrale Stellung bei der Liberalisierung des Strommarktes nehmen die Liechtensteinschen Kraftwerke (LKW) ein. Deshalb stellt sich die Frage, wie sich die Liberalisierung im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz auf die LKW auswirkt oder ob die Regierung die Privatisierung der LKW in Betracht zieht. Des Weiteren ist es für die FBPL bedeutsam,

wie sich die Strompreise für die privaten Haushalte in Zukunft entwickeln werden.

Energieabgabe?

Der schweizerische Bundesrat will längerfristig eine ökologische Steuerreform durchführen. Sowohl Ständerat als auch der Nationalrat haben bereits eine Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbare Energien beschlossen. Für die FBPL ist es von Wichtigkeit, dass die Regierung diesbezüglich ihre Ziele und Vorhaben klar ausführt. Deshalb möchte die Opposition wissen, ob die Regierung die Einführung einer Energieabgabe

für nicht erneuerbare Energien einzuführen gedenkt. In der Schweiz werden die Erträge der Lenkungsabgabe an die Unternehmen und Haushalte zurückfliessen, indem vor allem die Beiträge an die AHV und die ALV gesenkt werden sollen. Auch die Förderung von Alternativenergien, der Energieeffizienz und der Wasserkraft sollen mit diesen Einnahmen gefördert werden. Auch hierzu möchte die FBPL klare Antworten. Im Speziellen sollen die Massnahmen, damit die Verbesserung der Effizienz allen - also auch den Kleinkonsumenten - zugute kommt, klar aufgeführt werden. Seite 3

Politisches Erdbeben?

Parlamentswahlen in Österreich

WIEN: Knapp sechs Millionen Österreicher werden an diesem Sonntag einen neuen Nationalrat (Parlament) wählen. Die Meinungsforscher haben übereinstimmend ein politisches Erdbeben vorausgesagt, das die traditionelle Parteienlandschaft umkrepeln wird.

Danach wird der Oppositionsführer und Rechtspopulist Jörg Haider mit seinen Freiheitlichen (FPÖ) erstmals zur zweitstärksten Partei im Lande aufsteigen. Eine Regierungsbeteiligung und sogar die Kanzlerschaft Haiders sind damit nicht mehr ausgeschlossen.

Die konservative Volkspartei (ÖVP), die seit 1986 als Juniorpartner der Sozialdemokraten (SPÖ) in der Grossen Koalition sitzt, hat für diesen Fall den Gang in die Opposition angekündigt. Die SPÖ, die nach jüngsten Prognosen zwar verlieren, aber mit rund 35 Prozent stärkste Partei bleiben dürfte, will aber auf keinen Fall mit Haiders FPÖ zusammenarbeiten. Damit fände die Partei, die seit 1970 den Kanzler



Nationalratswahlen in Österreich: Die Spitzenpolitiker warten gespannt auf die Resultate. (Bild: Keystone)

stellt, erstmals keine Regierungsmehrheit mehr.

In der Endphase des Wahlkampfes hatten die Regierungsparteien immer wieder vor der «Unregier-

barkeit» des Landes gewarnt und sogar von einem «Umsturz» Haiders gesprochen. Auch am Freitag malten führende SPÖ-Politiker ein düsteres Zukunftsbild.

Durchbruch auf Expertenebene

TRIESENBERG: Beim jahrelang blockierten Verkehrsprotokoll zur Internationalen Alpenkonvention ist auf Expertenebene ein Durchbruch erzielt worden. In Triesenberg haben sich 40 Vertreter aus acht Alpenländern und der EU auf einen Textentwurf einigen können. Dabei sei auch im heikelsten Punkt, dem Strassenbau, eine Lösung erzielt worden, sagte Tagungsleiter Felix Näscher auf Anfrage. Laut Näscher, Chef des Amtes für Wald, Natur und Landschaft, wurde eine Formulierung verabschiedet, wonach sich die Vertragsstaaten im Grundsatz verpflichten, keine neuen hochrangigen alpenquerenden oder inneralpinen Strassen zu bauen. Dieses Verbot ist allerdings nicht absolut. Ausnahmen sind laut Näscher etwa erlaubt, wenn nicht gegen die Ziele der Alpenkonvention verstossen wird. Zudem hätten sich die Experten geeinigt, den Strassenbau auf dringende Vorhaben zu beschränken.